



84/2004

Kiel, 21. Juni 2004

**Sperrfrist:**

**Montag, 21.06.2004, 9.30 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort!

**Begrüßung und Einführung von Landtagspräsident  
Heinz-Werner Arens zu dem Kieler-Woche Gespräch  
„Know your neighbours – die Nachbarn kennen lernen!“  
am Montag, dem 21. Juni 2004, im Landeshaus**

Kiel (SHL) - Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem traditionellen Kieler-Woche Gespräch, das sich in diesem Jahr mit dem Thema „**Know your neighbours – die Nachbarn kennen lernen!**“ befasst.

Ich freue mich, als Referentin Frau **Helle Degn**, vormals Ministerin in Dänemark und Beauftragte des Ostseerates für demokratische Entwicklung, begrüßen zu können. Ebenso heiße ich Frau **Outi Ojala**, Abgeordnete des Finnischen Reichstages und Beauftragte der Ostseeparlamentarierkonferenz für Nicht-Regierungsorganisationen, herzlich willkommen. Sie beide haben sich Respekt und große Anerkennung durch ihr langjähriges Wirken und ihr professionelles Engagement im Ostseeraum erworben. Es ist für den Schleswig-Holsteinischen Landtag Freude und Ehre zugleich, dass wir unsere bewährte Zusammenarbeit in der Ostseeparlamentarierkonferenz und mit dem Ostseerat im Rahmen des diesjährigen Kieler-Woche Gesprächs auf hoher und anspruchsvoller Ebene fortsetzen.

Noch sind die Erinnerungen an den **Beitritt der neuen Mitgliedstaaten** zur Europäischen Union am 1. Mai aktuell und gegenwärtig: Mit Freudenbekundungen und bunten Feuerwerken zeitgleich in 25 Hauptstädten haben wir den Anbruch einer neuen Ära in Europa gefeiert:

In Litauen schalteten zehntausende Menschen ihre Lichter in den Wohnungen ein, damit ihr Land auf Satellitenbildern als hellster Punkt erschien. Die Esten pflanzten eine Million Bäume für Europa. Am Brandenburger Tor vermittelten baltische Spezialitäten und Musik aus Tschechien einen Eindruck von der

kulturellen Vielfalt der größer gewordenen Gemeinschaft. Und hier, in diesem Plenarsaal, haben wir am polnischen Nationalfeiertag das neue Europa mit Ansprachen und den beschwingten Klängen eines polnischen Vokal-Quartetts gefeiert.

Ich hoffe, dass sich diese Schwingungen fortsetzen und von ihnen neue Impulse ausgehen. Signale, die die Menschen erreichen – ihre Köpfe und ihre Herzen – so wie es die vielen phantasievollen Veranstaltungen zumindest in der Beitrittsnacht bewirkt haben.

Der amtierende irische EU-Ratspräsident, Bertie Ahern, hat die Erfolgsformel 15+10 wie folgt aufaddiert: „Aus Krieg haben wir Frieden geschaffen, aus Hass Achtung, aus Teilung Einigung, aus Diktatur und Unterdrückung lebendige und stabile Demokratien, aus Armut Wohlstand.“

Das, meine Damen und Herren, ist wahr. Aber es wird nicht wahrgenommen. Es wird nicht wahrgenommen, weil die „Banalität des Guten“ allemal schwerer zu vermitteln ist als die spektakuläre Negativ-Schlagzeile. Auch sind die Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger trotz der unbestreitbaren Erfolge der europäischen Einigungspolitik nicht frei von Skepsis oder gar Angst. Gewiss, die Menschen erleben und erfahren, dass mit dem EU-Beitritt die unnatürliche Teilung Europas überwunden ist. Auch gibt es berechtigten Stolz angesichts der seit 1989 verwirklichten Reformen in den Beitrittsländern. Andererseits aber empfinden viele der neuen Unionsbürger die Zugehörigkeit zum Europäischen Binnenmarkt auch als Bedrohung, sie fürchten um ihre berufliche und wirtschaftliche Existenz. Brüssel mahnt Reformen in der Landwirtschaft, bei der Lebensmittelsicherheit und der Einrichtung funktionsfähiger Stellen zur Abwicklung der EU-Zahlungen an. Gleiches gilt für die Werften, die Stahlindustrie und den Bergbau. Der Kampf gegen die Korruption steht weiterhin als ein zentrales Thema auf der europäischen Tagesordnung.

In den alten EU-Ländern gibt es ebenfalls besorgte Stimmen: Die westlichen Nachbarn fürchten Steuer- und Lohndumping, den Verlust von Arbeitsplätzen und ein starkes Vordringen von Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa auf die heimischen Märkte.

Die Ängste auf beiden Seiten beruhen eher auf emotionalen als auf rationalen Beweggründen: Wirtschaftlich und rechtlich gesehen, holt der EU-Beitritt formal überwiegend nach, was heute zum großen Teil schon Praxis ist. Die anstehenden Strukturreformen werden sich mittel- und langfristig als Standortvorteil erweisen. Übergangsperioden werden durch die Unterstützung aus den Strukturfonds flankiert, um wirtschaftliche und soziale Brüche zu vermeiden. Insofern dürfen wir selbst auf kurze und mittlere Sicht optimistisch sein, dass das Jahrhundertereignis EU-Erweiterung gelingt und die künftige Entwicklung auch all jene überzeugt, die heute noch skeptisch sind.

Aber wir Politiker müssen uns selbstkritisch fragen, ob genug dafür getan wird,

- dass die Kenntnisse über Europa zunehmen
- dass die Wähler sich in der Europapolitik besser zurechtfinden und
- dass alle Menschen in den neuen ebenso wie in den alten Mitgliedstaaten mehr übereinander wissen und mehr voneinander erfahren.

Die Menschen in dem größer werdenden Europa müssen ins Gespräch kommen, einander besser kennen lernen und so die Grundlage für mehr Vertrauen aufbauen.

Der heutige Beitrag von Frau **Helle Degn** wird in diese Richtung weisen, wird zeigen, wie überkommene Vorstellungen beseitigt werden können und wie Stereotype über Bord zu werfen sind. Politische Vorgaben - auch die bewährten „politischen Rituale“ auf hoher und höchster Ebene - reichen nicht aus, um das Ziel zu erreichen. Notwendig sind persönliche Kontakte, sind Begegnungen und zwischenmenschliche Beziehungen. Ämter, Titel und Funktionen mit Leben zu erfüllen, ihnen Gesichter zu geben und damit der Aufforderung „**Know your neighbours!**“ zu entsprechen, darum geht es im Kern!

Die Steigerung der **wirtschaftlichen Prosperität** wird das Wohlstandsniveau heben und die Lebensqualität in der Europäischen Union verbessern. Doch der europäische Einigungsprozess ist weit mehr als nur das. Es geht um die gemeinsame europäische Identität, es geht darum, dass psychologische Barrieren zwischen Ost und West fallen. Es geht darum, dass zusammenwächst, was zusammengehört.

Die **Europäische Verfassung** ist für mich ein Beleg, dass wir auf dem richtigen Weg sind. In vielen Verhandlungsrunden ist um ein für alle Mitgliedstaaten akzeptables Kräftegleichgewicht gerungen worden. Teilweise so hartnäckig und insistierend, dass sich der englische Außenminister Jack Straw einmal beklagte, er werde von Stechmücken angegriffen. Was der deutsche Außenminister Joschka Fischer mit der Bemerkung kommentierte: „Besser pro-europäische Moskitos als Tsetse-Fliegen, die Europa die Schlafkrankheit bringen können.“

Erfreulicherweise sind auf dem **Europäischen Rat** vor wenigen Tagen sowohl die Moskitos als auch die Tsetse-Fliegen erfolgreich abgewehrt worden. Die Erleichterung ist groß: Der Verfassungsvertrag ist verabschiedet. Jetzt ist der Weg frei für die anstehenden Referenden und Ratifizierungsverfahren. Auch oder gerade in dieser Schlussphase wird es darum gehen, eine intensive öffentliche Debatte zu führen. Um die Europäische Verfassung mit Leben zu erfüllen, müssen die Menschen mehr noch als bisher in die Diskussion einbezogen werden. Sie müssen informiert sein, müssen aktiv teilhaben an der europäischen Integration und stolz darauf sein, als Bürger der Union ihre Rechte und Pflichten ausüben zu können.

Die am 13. Juni abgeschlossenen **Wahlen zum Europäischen Parlament** haben einmal mehr gezeigt, dass dies alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. Obwohl das Europäische Parlament immer wichtiger wird, ist die Wahlbeteiligung erneut europaweit dramatisch gesunken. Weit weniger als die Hälfte der stimmberechtigten Europäer haben ihr Wahlrecht wahrgenommen. Sie wissen überwiegend nicht, was sie tun, wenn sie auf ihre Mitwirkungsrechte verzichten: Bei 80 Prozent der Gesetze, die den Binnenmarkt, die Umwelt-, Wirtschafts-, Gesundheits- oder Verkehrspolitik betreffen, ist das EU-Parlament inzwischen als Gesetzgeber beteiligt. Wenn die Abgeordneten höhere Recyclingquoten, längere Garantiezeiten für Elektrogeräte oder geringere Nachweisgrenzen für genveränderte Substanzen durchsetzen, hat das unmittelbare Auswirkungen auf Hersteller und Verbraucher. Aber es ist nach wie vor schwer zu vermitteln, dass Europa und sein Parlament keine abstrakten und fernen Gebilde sind, sondern mit ihren Entscheidungen in das Leben und in den Alltag jedes einzelnen hineinwirken.

Seit Jahren ist immer wieder von Enttäuschungen die Rede, von Politikverdrossenheit, gar von einer Krise der **Demokratie**. Es wäre eine unerträgliche Ironie der Geschichte, wenn gerade jetzt, nach der Überwindung der Spaltung und dem großartigen Sieg der Demokratie in ganz Europa, immer mehr Menschen ihr Vertrauen in die Demokratie verlören und ihre Bereitschaft zur politischen Mitgestaltung nachließe.

Der scheidende Präsident des Europäischen Parlaments, Pat Cox, hat die Europäer anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Karlspreis 2004 zu einer lebhaften Debatte über die Zukunft Europas aufgefordert: Wenn, so sagte er, „wir beispielsweise unterschiedliche Ansichten über den Stabilitätspakt haben, führen wir die Diskussion! Demokratie ist kein Porzellan. Sie besteht nicht aus zerbrechlichen Gegenständen, die unter der Spannung der öffentlichen Meinung zerbrechen.“

Demokratie verlangt nach Teilhabe der Bürger, nach einer Bewegung von unten. **Nichtregierungsorganisationen** spielen dabei als kritische zivilgesellschaftliche Instanz eine immer wichtigere Rolle. Sie sind es, die den politischen Entscheidungsträgern mit fachspezifischer politiknaher Beratung zur Seite stehen und neue oder auch verdrängte Themen auf die politische Agenda transportieren. Die Nichtregierungsorganisationen sind aber nicht nur Berater und Impulsgeber. Sie stellen auch eine kritische Öffentlichkeit her. Sie werden damit – gleichsam in Verlängerung der parlamentarischen Dimension – zu Mitakteuren der repräsentativ verfassten europäischen Demokratie und zu wichtigen Bestandteilen unseres europäischen Gesellschaftsmodells. Folglich muss es auch im parlamentarischen Interesse sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich Nichtregierungsorganisationen bilden, sie finanzielle Quellen erschließen und frei agieren können. Frau Kollegin **Outi Ojala** wird in ihrem Referat eine kritische Bestandsaufnahme der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Bewertung vornehmen. Auch Ihrem Vortrag, liebe Frau Ojala, sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Das Jahr 2004 wird als das Jahr der Erweiterung und Vertiefung in die Geschichte der Europäischen Union eingehen. Die Teilung Europas ist geografisch und politisch überwunden. Jetzt geht es darum, dass die Menschen in Europa mit Herz und Verstand aufeinander zugehen.

Die Parlamente und die Regierungen im Ostseeraum bewegen sich hier glücklicherweise nicht auf unbekanntem Gelände. Das Politikverständnis der Ostseekooperation ist das Wachsen von unten, ist der „bottom-up-approach“. Wenn beides seit langem rund um die Ostsee keine Leerformeln sind, sondern mit Leben erfüllte Politikansätze, so ist dies auch ein Erfolg, für den Frau Helle Degn in ihrem langjährigen Wirken als CBSS-Kommissarin den Grund bereitet hat. Sie sind im Ostseeraum aus gutem Grund bekannt. Und deshalb bekennen wir uns gern zu Ihrer programmatischen Aufforderung „Know your neighbours!“

Ich darf nun Ihnen, verehrte Frau Degn, das Wort erteilen.